

## In dieser Ausgabe:

- Demo in Berlin 1
- Finanzkrise 2
- Aktionstage 3
- Europawahlen 4
- News & Infos 5
- Tipps & Termine 6



**Auch die Band „Don't beat Bubú“ aus Salzburg ist am 16. Mai mit dabei. Alle Bandmitglieder sind gewerkschaftlich organisiert und machen in Berlin nicht nur Musik, sondern wollen auch ein politisches Statement abgeben:**

**„Die Krise hautnah zu spüren, bekommen vor allem diejenigen, die keinerlei Schuld an ihr haben. Deshalb setzen wir uns für die Ziele des DGB ein und unterstützen die Forderungen nach einem erweiterten Konjunkturprogramm, nach einer Regulierung der Finanzmärkte, nach einer gerechten Verteilung des erarbeiteten Reichtums und der Demokratisierung der Wirtschaft. Ein „Weiter so!“ darf es nicht geben, wenn man gesellschaftspolitische Verantwortung ernst nimmt.“**

## Demonstrieren für ein soziales Europa

**Hunderttausende setzen in dieser Woche mit Demonstrationen in Madrid, Brüssel, Prag und Berlin im Rahmen der europaweiten Aktionstage vom 14. bis 16. Mai des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ein deutliches Zeichen dafür, dass Leidtragende der Krise nicht die ArbeitnehmerInnen sein dürfen.**

Die europäischen Gewerkschaften sind sich einig: Ein „Weiter so“ kann nicht die Lösung der Krise sein. Gerade jetzt brauchen wir ein starkes, soziales Europa, das klare Regeln für die Märkte setzt und wirksame Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen verabredet. Doch von einem effizienten Krisenmanagement ist die EU weit entfernt. Mit der Demonstration am 16. Mai in Berlin wollen EGB und DGB den Druck für einen Politikwechsel zu erhöhen.

Damit sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zur sozialen Krise ausweitet, fordern die europäischen Gewerkschaften einen Sozialpakt für Europa, der die Menschen schnell und nachhaltig schützt. Dieser muss verbindliche Vorgaben für mehr und bessere Jobs und eine nachhaltige Sozialpolitik enthalten. Zentraler Bestandteil soll eine „soziale Fortschrittsklausel“ in allen EU-Verträgen sein, die den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sicherstellt.

DGB und EGB fordern außerdem unter anderem ein erweitertes Konjunkturprogramm, eine Neuausrichtung der Europäischen Zentralbank auf Wachstum und Vollbeschäftigung, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, Mindestlöhne überall in Europa, sichere Renten sowie einen starken Sozialstaat.

Die Demonstration in Berlin beginnt mit zwei **Auftaktkundgebungen um 11 Uhr** – am Hauptbahnhof sowie am Breitscheidplatz (Nähe Bahnhof Zoo). Dort werden neben deutschen und europäischen GewerkschafterInnen auch VertreterInnen sozialer Bewegungen wie attac, von Erwerbsloseninitiativen

sowie von weiteren Verbänden und Organisationen wie der AWO, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung oder dem Paritätischen Gesamtverband sprechen. Die **Demonstrationszüge** setzen sich **um 12.30 Uhr** in Bewegung.

Die **Hauptkundgebung** beginnt **um 14 Uhr** an der Siegessäule (Straße des 17. Juni). Dort reden neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und dem EGB-Generalsekretär John Monks die Vorsitzenden von IG Metall, ver.di und IG BAU, Berthold Huber, Frank Bsirske und Klaus Wiese, sowie Agnes Jongerius, die Vorsitzende des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV.



**In Madrid, Brüssel, Prag und Berlin demonstrieren GewerkschafterInnen für einen Politikwechsel.**

**Mehr Infos zur Demonstration auf Seite 3 und im Internet: [www.dgb.de](http://www.dgb.de)**

## Madrid: 150000 beteiligen sich am Protest

Besser hätte der Auftakt der Europäischen Aktionstage kaum sein können: Im Madrid gingen rund 150 000 Menschen am 14. Mai auf die Straße, um von der EU und den europäischen Regierungen ein besseres Management der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der EU zu fordern.

## EU auf sozialen Fortschritt verpflichten

**Soziale Grundrechte müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten erhalten. Um das zu gewährleisten, fordern die europäischen Gewerkschaften eine „soziale Fortschrittsklausel“ in allen EU-Grundlagenverträgen. Eine Arbeitsgruppe aus DGB und SPD hat dazu jetzt das gemeinsame Positionspapier „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“ vorgestellt. Der DGB lädt alle anderen Parteien dazu ein, mit ihm ebenfalls Verabredungen für eine soziale Fortschrittsklausel zu treffen. „Es liegt jetzt an den Parteien, mit konkreten Vereinbarungen zu zeigen, wie ernst sie es mit dem sozialen Europa meinen“, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. [www.dgb.de](http://www.dgb.de)**

## Hedge-Fonds: EU greift zu kurz

Der von der EU-Kommission Ende April vorgelegte Richtlinienvorschlag zur Regulierung von Hedge-Fonds bleibt weit hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück und lässt viele Schlupflöcher offen. Zwar sollen danach künftig die Fondsmanager verpflichtet werden, ihre Geschäfte anzumelden, die Fonds selber werden aber weder stärker kontrolliert noch in irgendeiner Form reguliert. „Eine derartige Scheinregulierung ist nur ein Feigenblatt und im Grunde wertlos“, stellte etwa Wolfgang Katzian, der Vorsitzende der GPA-djp aus Österreich, fest.

Die Liste der Kritikpunkte aus gewerkschaftlicher Sicht an dem Entwurf ist lang: Sie reicht von nicht ausreichenden Informationsrechten für ArbeitnehmerInnen, wenn ihr Unternehmen beispielsweise von einem Private Equity Fonds geschluckt wird, bis hin zu unzureichenden Bestimmungen über das zulässige Ausmaß der Verschuldung und den notwendigen Eigenmittel von Hedge-Fonds.

Jetzt müssen sich die Mitgliedstaaten sowie das EU-Parlament – nach den Europawahlen – mit dem Vorschlag der Kommission befassen. Mit einer Umsetzung in nationales Recht ist nicht vor 2011 zu rechnen.

## Tschechien stimmt Lissabon-Vertrag zu

Der tschechische Senat hat dem Lissabon-Vertrag der EU am 6. Mai zugestimmt. Insgesamt haben nun die Parlamente von 26 der 27 EU-Mitgliedstaaten den Reformvertrag gebilligt. Damit der Vertrag in Kraft treten kann, muss er aber noch weitere Hürden nehmen.

So sollen die Iren, die in einer ersten Volksabstimmung gegen den Vertrag votierten, bis spätestens Oktober in einem Referendum erneut über den Vertrag abstimmen. Und in Deutschland und Polen haben die Parlamente den Vertrag zwar ratifiziert, dennoch haben die jeweiligen Präsidenten ihn noch nicht unterzeichnet. Bundespräsident Horst Köhler will mit der Unterzeichnung der Urkunde warten, bis das Bundesverfassungsgericht über Klagen gegen den Vertrag entschieden hat. Polens Staatspräsident Lech Kaczynski will seine Zustimmung erst nach einem Ja Irlands geben. Und auch aus Tschechien ist – trotz

der Zustimmung des Parlamentes – noch Widerstand zu erwarten. Der Lissabon-Vertrag sei tot, erklärte der tschechische Präsident Václav Klaus, nachdem er die Zustimmung des Senats zum Lissabon-Vertrag scharf kritisiert hatte. Er werde sich nicht mit dem EU-Vertrag befassen, bevor ihn das Verfassungsgericht erneut geprüft habe.

## Job-Gipfelchen mit gemischten Botschaften

Was kann die Arbeitsmarktpolitik zur Bewältigung der sozialen Folgen der Krise beitragen? Dies war Gegenstand eines Treffens von Kommissionspräsident José Barroso, des derzeitigen Ratspräsidenten Mirek Topolanek sowie der nachfol-



### Die Zahl der Woche:

**8,5 Millionen** ArbeitnehmerInnen verlieren nach Schätzungen der EU in den nächsten zwei Jahren europaweit ihren Job in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Für Unmut sorgte am Rande des „Job-Gipfels“ in Prag eine Äußerung des noch amtierenden Ratspräsidenten Mirek Topolanek. Seine Botschaft an die von Arbeitslosigkeit Bedrohten: „Wer Arbeit sucht, findet sie auch.“

genden EU-Ratspräsidenten Schweden und Spanien unter Beteiligung der europäischen Sozialpartner am 7. Mai in Prag.

Gerade mal ein paar Stunden nahmen sich ein paar EU-Spitzenpolitiker Zeit, um mit den Sozialpartnern über Maßnahmen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit in Folge der Krise zu beraten. Die Hauptbotschaften – Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung besonders für junge Menschen und Anhebung des Qualifikationsniveaus – sind aus Sicht der Gewerkschaften zu begrüßen. Das gilt ebenso für die Empfehlung, jetzt aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Vordergrund zu stellen und möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu halten. Eine eindeutige Aussage nach dem Vorbild Deutschlands, Kurzarbeit plus Qualifizierung zu fördern, fehlt allerdings. Ein völlig falsches Signal angesichts der Krise ist es zudem, der Senkung von Lohnnebenkosten das Wort zu reden und die angebliche „Starrheit“ des Arbeitsmarktes zu geißeln. Wegen solcher und anderer Aussagen haben die Gewerkschaften dem Papier nicht zugestimmt.

## Wir demonstrieren in Berlin, weil ...

Am 16. Mai werden in Berlin nicht nur deutsche GewerkschafterInnen demonstrieren – aus vielen Ländern Europas reisen KollegInnen an, um im Rahmen der Europäischen Aktionstage des EGB von den nationalen Regierungen und der EU zu fordern: „Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“



„... ich solidarisch mit allen europäischen Gewerkschaften für ein soziales Europa mit menschenwürdigen Jobs kämpfe.“  
**Agnes Jongerius, Vorsitzende der niederländischen FNV, wird bei der Hauptkundgebung an der Siegestsäule sprechen.**

„... wir dringend einen neuen Sozialpakt in Europa und mehr Zusammenhalt brauchen.“  
**Maciej Jankowski, stellvertretender Vorsitzender von NSZZ Solidarnosc, Polen, steht an der Spitze einer mehr als 200-köpfigen polnischen Delegation bei der Berliner Demo und spricht am Hauptbahnhof.**



„... Europa meine Heimat ist. Die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nur etwas erreichen, wenn sie sich zusammenschließen.“  
**Nicoletta Rocchi, Vorstandsmitglied der CGIL, Italien, spricht ihr Grußwort an die Demonstranten auf der Bühne am Breitscheidplatz-**

„... wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass nicht die Beschäftigten in Europa die Zeche für den Bankrott des neoliberalen Irrwegs zahlen.“  
**Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), Österreich, spricht am Breitscheidplatz.**



„... ich gemeinsam mit den anderen europäischen GewerkschafterInnen ein Zeichen gegen den Marktliberalismus und für ein soziales Europa setzen will.“  
**Manfred Klöpper, Vorsitzender der DGB-Region Oldenburg-Wilhelmshaven, gehört zum Vorstand des Interregionalen Gewerkschaftsrates (IGR) Weser-Ems-Nordniederlande und ist Vorsitzender des Koordinierungsausschusses der IGR beim EGB.**



„... ich die Einheit der europäischen Gewerkschaftsbewegung zeigen will.“  
**Jan GUZ, Vorsitzender der OPZZ Polen, spricht am Hauptbahnhof.**



„... ich ein deutliches Zeichen für die Einheit und Solidarität der Beschäftigten in Europa und der Welt setzen will, die nicht die Verursacher, sondern die größten Opfer der Krise sind.“  
**Bernard Thibault, Vorsitzender der CGT, Frankreich, spricht am Breitscheidplatz.**



„... wir zeigen wollen, dass die verschiedenen Demonstrationen im Rahmen der EGB-Aktionstage zusammengehören: von Madrid über Brüssel und Prag bis Berlin setzen die europäischen Gewerkschaften gemeinsam ein deutliches Zeichen für einen Politikwechsel.“  
**Rafael Lamas, FTGB, Belgien**



### Auftaktkundgebungen

#### Hauptbahnhof, 11 Uhr

##### Redner:

**Alexander Kirchner, TRANSNET**  
**Franz-Josef Möllenberg, NGG**  
**Frank Patta, IG Metall Wolfsburg**  
**Antonia Stöckert, JAV-Vorsitzende Fa. Leistritz (IG Metall)**  
**Rainer Wahls, Erwerbsloseninitiativen**  
**Heidi Merk, Paritätischer Gesamtverband**  
**Claus Matecki, DGB**  
**Jaroslav Sulc, CMKOS, Tschechien**  
**Jan Guz, OPZZ, Polen**  
**Maciej Jankowski, NSZZ Solidarnosc, Polen**  
**Andreas Rieger, UNIA, Schweiz**  
**Guy Ryder, Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)**  
**Musik: Mi Solar**

#### Breitscheidplatz, 11 Uhr

##### Redner:

**Ingrid Sehrbrock, DGB**  
**Aleksis Passadakis, ATTAC**  
**Jörg Grünefeld, verdi-Jugend**  
**Ulrich Thöne, GEW**  
**Birgit Zenker, Katholische Arbeitnehmerbewegung**  
**Paul Saatkamp, AWO**  
**Annelie Buntenbach, DGB**  
**Bernard Thibault, CGT, Frankreich**  
**Wolfgang Katzian, GPA-DJP, Österreich**  
**Michèle Biaggi, FO, Frankreich**  
**Nicoletta Rocchi, CGIL, Italien**  
**Namrata Bali, SEWA, Indien**  
**Musik: Berlin Boom Orchestra**

### Hauptkundgebung

#### Siegestsäule, Straße des

#### 17. Juni, 14 Uhr

##### Redner:

**Michael Sommer, DGB**  
**John Monks, EGB**  
**Berthold Huber, IG Metall**  
**Frank Bsirske, ver.di**  
**Klaus Wiese, IG BAU**  
**Agnes Jongerius, FNV, Niederlande**  
**Musik: Don't beat Bub, Londonbeat**



**DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) rufen alle Wahlberechtigten auf, am 7. Juni wählen zu gehen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt den Stellenwert des Europaparlaments und damit auch das soziale Europa. [www.dgb.de](http://www.dgb.de)**



**Die Brandenburgerin Elisabeth Schrödter steht auf Platz 13 der Europawahlliste von Bündnis 90/ Die Grünen. [www.elisabeth-schroedter.de](http://www.elisabeth-schroedter.de)**



**Mit Listenplatz 1 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der CDU zur Europawahl hat Elmar Brok allerbeste Aussichten, wieder ins Europaparlament einzuziehen. Neben zahlreichen weiteren Funktionen gehört Brok unter anderem dem Vorstand der Fraktion der Europäischen Volkspartei – Europäische Demokraten (EVP-ED) an.**

[www.elmar-brok.de](http://www.elmar-brok.de)

## EU-Wahl: Abgeordnete für ein soziales Europa

Am 7. Juni wird in Deutschland das Europäische Parlament (EP) gewählt. Alle Bürgerinnen und Bürger stärken mit dem Gang zur Wahlurne das EP als das einzige direkt gewählte EU-Organ, das über wichtige Mitentscheidungs-, Kontroll- und Informationsrechte verfügt. Gerade in der aktuellen Legislaturperiode hat sich das EP immer wieder als soziales Gegengewicht gegen neoliberale Vorhaben der EU-Kommission und des Rates erwiesen – sei es bei der Arbeitszeit, der Hafenrichtlinie oder den Europäischen Betriebsräten.

**Blickpunkt Europa** stellt KandidatInnen von verschiedenen Listen vor, die sich im neuen EP für Arbeitnehmerrechte stark machen wollen. In dieser Ausgabe erklären mit Elisabeth Schrödter zwei Europaabgeordnete, die sich bereits in der Vergangenheit immer wieder für das soziale Europa engagiert haben, welche Schwerpunkte sie im neuen EP setzen wollen.

**Elisabeth Schroedter**, 50, Pädagogin und Umweltberaterin, engagierte sich als Mitglied im Neuen Forum für die politische Wende in der ehemaligen DDR. Das Mitglied von Bündnis 90 / Die Grünen gehörte 1994 zu den ersten Ostdeutschen, die ins EP gewählt wurden. In zahlreichen Funktionen, ob im Beschäftigungs- und Sozialausschuss, als Berichterstatterin zur Entsenderichtlinie oder in den Verhandlungsdelegationen zur Europäischen Betriebsräte- und zur Arbeitszeitrichtlinie, hat sie immer wieder gezeigt, dass sozialer und ökologischer Fortschritt in der EU für sie Priorität haben.

*„Es lohnt sich für ein solidarisches und ökologisches Europa zu kämpfen. Ich will der Europäischen Union ein sozialeres Gesicht geben, damit sie wirklich eine Union der Bürgerinnen und Bürger wird. In der vergangenen Wahlperiode war mein Beitrag im Kampf gegen Sozialdumping, gegen den Widerstand der neoliberalen Barroso-Kommission dafür zu sorgen, dass die Kontrollen auf den Baustellen nicht aufgeweicht werden. Damit wird sichergestellt, dass alle ArbeitnehmerInnen den vor Ort geltenden Mindestlohn ausgezahlt bekommen, unabhängig davon, ob sie aus Deutschland oder Polen kommen. Denn der Wettbewerb in der Europäischen Union darf kein Wettbewerb um den geringsten Lohn, sondern muss einer um die höchste Qualität sein. Ich will mich in einem neuen Mandat dafür einsetzen, dass mit einer besseren europäischen Gesetzgebung die EuGH-Urteile überwunden und das volle Streikrecht und die Tarifhoheit wieder hergestellt werden.“*

**Elmar Brok**, 62, gehört dem EP als Mitglied der Fraktion von EVP-ED bereits seit 1980 an. Auch in Zukunft müsse das Leitbild der Politik die Soziale Marktwirtschaft bleiben, davon ist der CDU-Abgeordnete überzeugt. Sie verbinde wie kein anderes System wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit. Entsprechend hat er sich auch bereits in der Vergangenheit immer wieder als zuverlässiger Bündnispartner der Gewerkschaften bei der Durchsetzung des sozialen Europas erwiesen.

*„Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise macht es einmal mehr deutlich: Was wir schaffen müssen, ist ein europäischer und globaler Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Durch die Setzung von europäischen und weltweiten Regeln und Standards müssen wir Lohndumping verhindern. In diesem Sinne setzte sich das EP in der laufenden Legislaturperiode etwa für die Einrichtung des Globalisierungsfonds, die Präzisierung der Zuständigkeiten des Europäischen Betriebsrates und die zusätzliche Altersversorgung durch Betriebsrenten ein. Ich bedauere sehr, dass bei den Verhandlungen zur Arbeitszeitrichtlinie die Position des EPs im Rat abgelehnt wurde: Denn auch hier hatte sich das EP gegenüber dem Kommissionsvorschlag für einen stärkeren Schutz der Arbeitnehmer eingesetzt. Auch in der neuen Legislaturperiode wird das Hauptziel sein, mehr und qualitativ bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen eine koordinierte Beschäftigungsstrategie der Mitgliedstaaten, unter anderem durch eine bessere Abstimmung bei der Beschäftigungspolitik und bei den sozialpolitischen Rahmenbedingungen. An oberster Stelle werden nach wie vor höhere Schutzrechte für Arbeitnehmer bei Konkurs und Kurzarbeit sowie die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Betonung sozialer Grundrechte stehen. Auch müssen wir uns um eine schnelle Ratifizierung des Lissabonner Vertrages bemühen, da dieser einen ersten Ausgleich zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen ganz im Sinne der christlichen Soziallehre schafft. Eine neue horizontale „Sozialklausel“ garantiert beispielsweise, dass die Union bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer Politik ein „hohes Beschäftigungsniveau“ und einen „angemessenen Sozialschutz“ sowie ein „hohes Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes“ gewährleistet.“*

# Europaparlament: Licht und Schatten

Die EU-Kommission ist erneut am Europaparlament (EP) mit dem Vorhaben gescheitert, existierende Arbeitsschutzvorschriften nach unten zu korrigieren. Das EP hat sich dafür ausgesprochen, dass die Höchstarbeitszeit von 48 Wochenarbeitsstunden auch für selbstständige KraftfahrerInnen gelten. Die existierende **EU-Arbeitszeitrichtlinie für das Fahrpersonal** sieht das auch vor. Die Kommission wollte aber lediglich Scheinselbstständige unter den Schutz der Richtlinie stellen. Das EP hat diese Änderung abgelehnt.

Weniger positiv aus Arbeitnehmersicht fiel dagegen das Votum des EP zum Bericht zu einer Überarbeitung der **Mutterschutzrichtlinie** aus. Mit den Stimmen der Konservativen und Liberalen wurde der Bericht, der unter anderem eine Verlängerung der Schutzfrist auf 20 Wochen vorsieht, an den federführenden Frauenausschuss des EP zurück verwiesen. Nach der Wahl wird das EP erneut mit den Ausschussberatungen beginnen, es ist dabei nicht an das bisher vorliegende Ergebnis der Beratungen gebunden.

## ++ Kurz notiert ++ Themen ++ Tipps ++ Positionen ++

++ **Das Vermittlungsverfahren** zwischen Europaparlament und Europäischer Rat in Sachen **Arbeitszeitrichtlinie** ist am 28. April endgültig gescheitert (*Blickpunkt 1/09*). Damit gilt die Richtlinie von 2003 unverändert weiter. Jetzt muss Druck auf die EU-Kommission ausgeübt werden, dass sie gegen die Mitgliedstaaten, die gegen die geltende Richtlinie verstoßen, tatsächlich Vertragsverletzungsverfahren einleitet. Der EGB-Lenkungsausschuss hat auf seiner letzten Sitzung Ende April bekräftigt, dass sich die europäischen Gewerkschaften gemeinsam weiter für die Abschaffung des so genannten opt-outs, der individuellen Ausnahmeregelungen von der Höchstarbeitszeit, einsetzen werden. ++ **Übergangsfristen verlängert:** Für weitere zwei Jahre – bis zum 30. April 2011 – bleiben die Übergangsfristen bei der **Arbeitnehmerfreizügigkeit** und der **Dienstleistungsfreiheit** für Arbeitskräfte aus den 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Ausnahmen gelten jedoch insbesondere für Hochschulabsolventen. Das hat die Bundesregierung der EU-Kommission Ende April mitgeteilt. ++ Unter dem Titel **Bedingungen für die Freizügigkeit: Mehr Schutz für Arbeitnehmer, und fairen Wettbewerb** hat der EGB Ende April eine Entschließung verabschiedet, die notwendige soziale Begleitmaßnahmen – wie eine Revision der Entsenderichtlinie – benennt, um die volle **Freizügigkeit** in einem sozial flankierten Binnenmarkt zu gewähren. ++

### EU-Parlament: Mehr Einfluss erwünscht

Von den BürgerInnen der EU 27 gewünschte Bedeutung des Europäischen Parlaments (in Prozent)



Jede/r zweite EU-Bürger/in wünscht sich, dass das Europäische Parlament künftig eine größere Rolle spielt.

## Wähle dein Europa!

Eine wunderschöne Aktion zur Europawahl hat der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) entwickelt. Unter <http://film.waehledeineuropa.at/> kann man einen professionell gemachten, ironisch gehaltenen Wahlspot herunterladen und personalisieren. Das heißt: Wer will, taucht selbst namentlich im Spot auf und kann mit seinen/ ihren eigenen Spot bei Freunden und Bekannten für die Teilnahme an der Europawahl werben.

## Was hat Europa jemals für uns getan?

Unter diesem Titel hat das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und die Europa-Union Deutschland einen Animationsfilm produziert, der anschaulich und witzig all das zeigt, was die Europäische Union den Menschen gebracht hat – von billigeren Flügen über Antidiskriminierungsgesetze bis hin zum Frieden in Europa. Unbedingt anschauen! [www.menschen-bilden-europa.de/index.php?id=5732](http://www.menschen-bilden-europa.de/index.php?id=5732)

**7. Juni : Europawahl**

[www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de)

## Kurswechsel!

„Wer sozialen Fortschritt in Europa will, muss wählen gehen.“



Michael Sommer,  
DGB-Vorsitzender

Eine gemeinsame Kampagne der Mitgliedsorganisationen  
im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland




## MigrantInnen und ethnische Minderheiten

werden innerhalb der Europäischen Union **erheblich stärker diskriminiert** als bisher angenommen. Die Dunkelziffer bei rassistisch motivierten Straftaten ist „extrem hoch“. Dies geht aus einer Studie der EU-Agentur für Grundrechte hervor. Die Untersuchung in allen 27 Mitgliedstaaten zeigt nach Ansicht der Verfasser, „dass Diskriminierung, Belästigung und rassistisch motivierte Gewalt weitaus verbreiteter sind, als amtliche Statistiken vermuten lassen“. Die schlimmste Diskriminierung erfahren die rund zwölf Millionen Roma in der EU, gefolgt von schwarzen, afrikanischen Migranten. ++ **Mit einer gemeinsamen Kampagne** werben die Mitgliedsorganisationen im **Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland**, darunter auch der DGB, für die Europawahlen. Der DGB hat insgesamt zwei Motive im Rahmen der Aktion gestaltet. **Infos:** [europa@dgb.de](mailto:europa@dgb.de)

## Das Letzte



Die EU-Kommission will den Mutterschutz verbessern, aber Arbeitgeber und auch die Bundesregierung blockieren. Geplant ist, die Schutzfrist von 14 auf 18 Wochen auszudehnen und den Müttern mehr Flexibilität einzuräumen, wie sie die Schutzzeit auf die Zeit vor und nach der Geburt verteilen. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz halten dagegen. Für sie bietet die existierende Richtlinie ausreichenden Schutz. Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, diese Position zu überdenken und die Umsetzung des sozialen Europas durch einen verbesserten Mutterschutz zu fördern. Die Vorbehalte der Bundesregierung haben bisher eine Einigung im Rat verhindert. Dies ist aus Sicht der Gewerkschaften „völlig unverständlich“.

**Herausgeber:**  
DGB-Bundesvorstand  
Bereich Europapolitik  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin, [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

**Verantwortlich:**  
Gabriele Bischoff  
[gabriele.bischoff@dgb.de](mailto:gabriele.bischoff@dgb.de)

**Redaktion:**  
Anne Graef  
DGB-Infoservice einblick  
Graewis Verlag  
[a.graef@einblick.info](mailto:a.graef@einblick.info)

**Copyright Fotos:**  
Anne Graef, CDU, CGIL, CGT, DGB,  
einblick, EU-Parlament, FNV, FTGB,  
GPA-DJP, NSZZ Solidarnosc, OPZZ,  
Photocase, Schroedter

## Tipps: Europawahl im Internet

Zahlreiche Internetseiten bieten hilfreiche Informationen zur Europawahl. „Blickpunkt Europa“ stellt empfehlenswerte Seiten vor.

[www.predict09.eu](http://www.predict09.eu) prognostiziert den Ausgang der anstehenden

EP-Wahlen. Interessant: Die Tendenzen in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

[www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de) möchte überparteilich die europäische Integration in Deutschland unterstützen. Die Seite informiert über Veranstaltungen, Termine und News zu Europathemen.

[www.wahlen-europa.de](http://www.wahlen-europa.de) bietet im Wikipedia-Format Infos zu KandidatInnen aus Deutschland für das EU-Parlament. Inklusive: Wahlprogramme und Kampagnen.

[www.europarl.de/export/europawahl/Startseite\\_Europawahl.html](http://www.europarl.de/export/europawahl/Startseite_Europawahl.html): Seite des EU-Parlaments mit Informationen und Tipps zur Wahl. Interaktiv: Online-Games, um sich spielerisch zu informieren.

[www.euprofiler.eu](http://www.euprofiler.eu): Wahl-O-mat für die EU-Wahl. Umfassende Analysemöglichkeiten zur Frage: Welche Partei passt zu mir?

[www.kandidatenwatch.de/eu\\_wahlen-129-0.html](http://www.kandidatenwatch.de/eu_wahlen-129-0.html) Online die KandidatInnen aus Deutschland befragen. Wer für den eigenen Wohnort zuständig ist, erfährt man durch Eingabe der Postleitzahl.

<http://wahlen2009.dgb-sachsen.de> und <http://europawahl.berlin-brandenburg.dgb.de>/Internetangebot des DGB Sachsen bzw. des DGB Berlin-Brandenburg zur EU-Wahl. Mit Porträts der regionalen KandidatInnen, wichtigen Terminen im Vorfeld der Wahl und den Positionen der Gewerkschaften.



## DGB-Info zur Europawahl 2009

„Menschen oder Markt: Die Europawahl stellt Weichen“ ist der Titel eines sechsseitigen DGB-Infos zur Europawahl 2009, das gerade erschienen ist. Vom Sozialpakt für Europa bis zur „sozialen Fortschrittsklausel“ in allen EU-Grundlagenverträgen stellt das Info die wichtigsten Forderungen und Positionen der Gewerkschaften zu den Europawahlen vor. Michael Sommer nennt „Fünf gute Gründe, am 7. Juni wählen zu gehen“, und Kandidaten aus verschiedenen Parteien, sagen, wie sie in der nächsten Legislaturperiode, das „soziale Europa“ voranbringen wollen. Außerdem jede Menge Infos, Tipps und News rund um die Europawahlen. Das Europa-Info liegt dem aktuellen *einblick*, dem DGB-Infoservice, bei und kann unter [www.dgb.de](http://www.dgb.de) als pdf-Datei heruntergeladen werden. Infos: [steffi.vogel@dgb.de](mailto:steffi.vogel@dgb.de)

## Schlusswort

*Es gilt, ein Gleichgewicht zu finden zwischen dem Markt und sozialen Werten und anzuerkennen, dass soziale Fragen ein Entwicklungsfaktor sind und kein Nebenprodukt der Wirtschaft.“*

*Jacques Delors, 83, französischer Sozialist, von 1983 bis 1995 Präsident der EG-Kommission*

## Termine

**14.5.-16.5.** EGB-Aktionstage „Fight the crisis. Put people first“, Berlin, Madrid, Prag, Brüssel  
[www.etuc.org](http://www.etuc.org)

**16.5.** DGB-Demonstration „Die Krise bekämpfen“, Berlin, [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

**27./28.5.** Halbzeit-Konferenz des EGB, Europas GewerkschaftsführerInnen debattieren über die Krise, Paris, [www.etuc.org](http://www.etuc.org)

**4.6. – 7.6.** Wahlen zum Europäischen Parlament

Die nächste Ausgabe von **Blickpunkt Europa** erscheint Ende Mai / Anfang Juni 2009.

**Blickpunkt Europa** online bestellen unter: [www.dgb.de/newsletter/europapolitik/](http://www.dgb.de/newsletter/europapolitik/)